

Pöfener Zeitung.

N^o 8.

Donnerstag den 10. Januar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Verf.-Aff.; neue Bedenken d. Königs; d. Minister-Rath v. Bten; Exec. g. d. Niedersch.-Märk. Eisenb.; d. Exc. d. Schupmannsch; Antr. d. Abg. Voigts-Rbeck, betr. d. Pos. Eisenb.; d. Berl. Wähler z. Volksz.; Würtemb. Note); Reisse; Aus Pommern (Kintel); Stettin (Schulbild. d. Erschmannsch.; Postdampfschiffahrt; const. Ztg.); B. d. Ostsee (d. Personenverkehr m. Rußl.); Kiel; Frankfurt. Oesterreich Wien (Ministerrath über d. Landesverf.; d. Acad. d. Wissensch.; Nieggers Verhaft.). Frankreich Paris (Mat.-Verf.; Gef. g. d. Volksschullehr. und La Plata-Frage; Vergütung; Theatercommiss.; d. Russ.-Türk. Differenz). England. London d. Protectionisten in Irland; John O'Connell; elect. Teleg. zw. Frankr. u. Engl.; Cobden; d. Californ. Gold). Rußland und Polen. B. d. Poln. Grenze (Exercitionen). Schweiz. Bern (Holzer). Dänemark. Kopenhagen. Türkei. Konstantinopel (d. Flüchtlingst.; Kriegsruß.). Griechenland (Neue Minister). Amerika (d. Calif. Verf.). Vermischtes. Vocales Pöfen; Sarne; Bromberg. D. Berl. Corresp. einer Poln. Ztg. Anzeigen.

Berlin, den 9. Januar. Sr. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Den Geheimen Rechnungs-Rath Kemmerl zum Geheimen Seebauungs-Rath und Mitglied der General-Direction der Seebauungs-Sozietät zu ernennen.

Der Erblandmarschall im Herzogthum Schlesien, Graf von Sandrezky-Sandraschütz, ist von Langenbielau, und der Herzoglich Preussische Präsident Vollpracht, von Wiesbaden hier angekommen.

Deutschland.

○ Berlin, den 8. Januar. Schon gestern sollten den Kammern die Vorlagen zur Ausgleichung der obwaltenden Differenzen in Sachen der Verfassung gemacht werden, als vor Eröffnung der Sitzung plötzlich der Minister des Innern zum König gerufen wurde, der mit neuen Bedenken erfüllt war. Dieselben sollen in enger Beziehung stehen mit der von der Gothaer Partei erhobenen Forderung, die deutsche Verfassung en bloc anzunehmen, wodurch Preußen zu einer neuen Vorrichtung aufgefordert sei. Es verlautet, daß unter den Bedingungen, an welche von Seiten der Krone die Beschwörung der Verfassung geknüpft wird, sich auch die vorbehaltene Befugnis befindet, eine Anzahl erblicher Mitglieder für die erste Kammer zu ernennen, für den künftigen Fall, daß die Umstände einer Pairie günstiger sein sollten. Es bestätigte sich, daß das Ministerium sich entschieden gegen die erwähnte Forderung der Gothaer erklärt hat. Ein Verein hiesiger Männer hat aber den Vermittelungsvorschlag gemacht: Das Erfurter Parlament möge sich für sofortige Anerkennung des Bundesstaates aussprechen und dann sogleich die Revision der Hauptpunkte vornehmen, mit Berücksichtigung der von den Regierungen vorzulegenden Veränderungsvorschläge, welche die jetzige Sachlage notwendig gemacht. Es ist aller Grund vorhanden, anzunehmen, das Ministerium werde auf diesen Vermittelungsweg eingehen und damit den Beweis führen, daß es ihm mit dem Bundesstaat und seiner schleunigen Begründung völliger Ernst sei. Nächsten Donnerstag wird in dem Auditorium des Professors Mitscherlich die von dem Centralausschuß berufene Versammlung der Vorstehenden der Conservativen Kreis- und Bezirksvereine stattfinden und in derselben das Wichtigste bezüglich der Wahlen für Erfurt zur Sprache kommen.

Berlin, den 6. Januar. (Const. Ztg.) Aus Dresden berichtet man über einen argen Exceß, den sich ein Offizier bei Auflösung einer Abendgesellschaft habe zu Schulden kommen lassen. Der Vorgang ist den Verdicten nach von der Art, daß nur durch eine exemplarische Bestrafung des Schuldigen das beleidigte öffentliche Rechtsgefühl gestiftet werden kann. Wir können hierbei nicht umhin, der jetzt auch bei uns so häufig besprochenen Gewaltthatigkeiten der Konstabler zu gedenken, betreffs deren das Publikum nicht durch Erklärungen der Verwaltungsbehörden beruhigt werden kann, sondern nur, wenn ein öffentliches gerichtliches Verfahren darüber entscheidet. Nicht nur vom Standpunkte des Rechts aus ist die Duldung grober Uebertretungen seitens der Beamten höchst tadelnswürdig, auch die einfachste Klugheit gebietet, durch derlei Uebeltäthaten nicht der öffentlichen Mißstimmung neue Nahrung zu geben.

— In dem am 3. von Sr. Majestät in Charlottenburg abgehaltenen Ministerrath ist abermals die Verfassungsfrage beraten worden. Es verlautet, daß das Ministerium mit dem Plane umgeht, den Kammern nur völlig abgeschlossene Vorlagen, als ministerielles Definitivum über die Verfassung vorzulegen. In derselben wird man den Kammern Concessionen machen und dagegen von ihnen Zugeständnisse fordern. Die Hauptpunkte, um welche es sich dabei handelt, sollen sich jetzt eigentlich nur noch auf zwei zurückzuführen: die Kammern fordern das Steuerbewilligungsrecht, die Krone fordert die erbliche Pairie. Verständigt man sich darüber unter irgend einer beiderseitigen Modification, so ist Aussicht, daß das Krönungsfest Preußens auch zugleich sein Verfassungsfest werde. Sonst nicht. — Die vom Handelsminister v. d. Heydt der Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn angedrohte administrative Exekution ist in Gemäßheit des §. 14 des Gesellschaftsstatuts und auf Grund der Verordnung vom 26. December 1848 am 2. Januar d. J. Vormittags 11 Uhr durch den königlichen Eisenbahn-Commissar, Herrn Geheimen Regierungsrath v. Maassen im hiesigen Dienstgebäude der Eisenbahn vollstreckt. Herr v. Maassen hatte sich zu dem Ende am gedachten Tage in Begleitung des Herrn Direktor Costenoble, Betriebsdirektor von Glümer und Oberbaumeister Schwedler, in das Dienstgebäude versetzt. Da von der Direction Niemand erschienen, sondern nur ein abermaliger schriftlicher Protest d. d. 1. Januar, eingelegt war, so wurde sofort zur Aufnahme einer Verhandlung geschritten. In derselben installirte der Commissar im Auftrage des Ministers die Herren Costenoble, v.

Glümer und Schwedler als „Königliche Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn“ und wies sie in den Besitz der Bahn und die Administration des Betriebes ein. Zugleich wurden ihnen die Dienstgebäude, die Registratur und die Kasse übergeben, von ihnen nach Maassgabe der Statut-Bestimmungen in Besitz genommen und zu dem Ende die Bücher mit einem Vermerk der Uebernehmer versehen. Endlich wurden sämtliche Beamte durch den Commissar mit Bezug auf das Circular des Handelsministers vom 26. December v. J. durch eine besondere Bekanntmachung davon in Kenntniß gesetzt, daß die Königliche Verwaltung nunmehr in Kraft getreten sei. Die Verhandlung wurde Mittags 12 Uhr geschlossen und der Direction noch am selben Tage abschriftlich mitgetheilt. Zugleich erging an dieselbe ein Schreiben des Herrn von Maassen, worin er sie im Auftrage des Ministers sowohl im Ganzen, als im Einzelnen anwies, bei einer persönlichen Verantwortlichkeit und bei einer Strafe von 100 Thlr. „jeder ferneren Einmischung in die Administration der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn und des Betriebes auf derselben und jeder hierauf bezüglichen Disposition, namentlich auch aller Verfügungen und Anweisungen an das bei der Bahn und dem Betriebe angestellte Personal, sich zu enthalten.“ Ingleichen wurden die Direktoren und namentlich die Kassen-Curatoren bei Vermeidung einer gleichen Strafe aufgefordert, alle auf die Verwaltung und den Betrieb der Bahn bezüglichen Gelber, Cautionen und Dokumente innerhalb 24 Stunden an die Königliche Verwaltung auszuliefern. — Auf den Wunsch einer hiesigen Auswanderungs-Gesellschaft, an deren Spitze der Gold- und Silberarbeiter Alb. Reibhardt steht, hat das Ministerium des Auswärtigen durch unseren Gesandten zu Paris von dem dortigen Geschäftsträger der Republik Chili Auskunft über eine Instruktion verschafft, welche seitens dieser Regierung einem Dr. Bernardo Philippi — wenn wir nicht irren, einem Deutschen, Bruder des Sanitätsraths Philippi in Potsdam — zur Begründung einer Deutschen Arbeiterkolonie in Süd-Chili erteilt worden ist. Bei Mittheilung dieser Instruktion hat der gedachte Geschäftsträger auf die Frage: „ob denn wirklich fleißige und moralisch gute Leute bei der neuen Kolonie ihr Glück finden könnten“, geäußert, daß für Ackerbauer, Zimmerleute, Maurer und andere, grobe Arbeit verrichtende Leute dies gewiß der Fall sein würde, daß jedoch eigentlichen Handwerkern, z. B. Tischlern, Drechslern u. dergl., überhaupt solchen, welche nur an feinere Arbeit gewöhnt wären, keineswegs anzurathen sei, an der in Rede stehenden Auswanderung Theil zu nehmen. — Das C. B. berichtet: Der kürzlich hier vorgekommene Selbstmord eines früher sehr geachteten und namentlich seiner geselligen Talente wegen beliebten Justizbeamten, des Justizraths Classen aus Schwedt, hat Ermittlungen über die Umstände veranlaßt, welche den Unglücklichen zu dem Entschlusse geführt haben, seinem Leben ein Ende zu machen. Er war seit langer Zeit Mitglied der Justizkammer in Schwedt und soll seine Stellung in letzter Zeit zur Veruntreuung bedeutender Geldsummen, die sich im Ganzen auf etwa 20,000 Thlr. belaufen, benutzt haben. Die Folgen des Hazardspiels scheinen ihn hauptsächlich zu diesem Verbrechen verleitet zu haben. Sein Selbstmord hatte noch den Tod eines Anderen zur Folge. Ein ihm befreundeter, sehr vermögender Rittergutsbesitzer, der ihm 5000 Thlr. anvertraut hatte, soll auf die Nachricht von dem Selbstmorde vom Schläge gerührt worden und gestorben sein. Classen war schon im vorgerückten Alter.

Berlin, den 8. Jan. (Const. Z.) Die Regelung der Etats für die Gerichte nimmt jetzt die besondere Aufmerksamkeit in Anspruch. Nach der Ordnung der Geldverhältnisse kommen die Personalien an die Reihe, und hier werden wohl durchgreifende Veränderungen stattfinden. Besondere Theilnahme erregt die Etablierung des hiesigen königlichen Stadtgerichts. Die Stellen-Besetzung dürfte, nach der Annahme, nicht mit einem Male erfolgen. Wichtig ist dabei, daß der bisherige Diätenfonds ganz aufhört und überall Fixirungen eintreten. Von dieser neuen Einrichtung dürften übrigens die Assessoren, welche bisher fixirte Diäten bezogen, also eigentlich Gehalt hatten, schwer betroffen werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß hier ohne genaue Abwägung der Verhältnisse nichts vorgenommen würde. — Das Ministerium läßt, wie wir verlässlich mittheilen können, durch den Verwaltungsrath bereits mehrere auf eine Abänderung der Deutschen Verfassung bezügliche Vorlagen ausarbeiten, um sie dem Erfurter Parlament vorzulegen. — Wie man bestimmt hört, wird nächstens ein Gesetzesentwurf erscheinen, wonach auch am 24. Januar, als dem Tage der Wahlen für das Deutsche Volkshaus, wie früher bei den Wahlen zur Preuss. Nationalversammlung, der Preuss. ersten und zweiten Kammer, Rechtsgeschäfte nicht vorgenommen sollen. Ueberhaupt würden die öffentlichen Behörden und Aemter, wie früher, am 24. Jan. feiern. Gleichzeitig wird den Beamten von den verschiedenen Ministerien aufgegeben werden, für den Fall, daß sie gewählt würden, Stellvertreter für die Dauer ihrer parlamentarischen Wirksamkeit in Erfurt anzugeben. — Nach den gegenwärtig aufgestellten Wahllisten wird die Zahl der Urwähler für das Erfurter Parlament in Berlin allein circa 44,000 betragen. Davon kommen auf die erste Abtheilung 2000, auf die zweite 6000 und auf die dritte 36,000 Urwähler. Zur Frankfurter Nationalversammlung hatte man 25,000 Urwähler mehr gezählt, welche gegenwärtig, als nicht steuerpflichtig, gestrichen werden mußten. Die Verschiedenartigkeit dieser Zahlenläufe beweist für die außerordentlichen Verhältnisse der hiesigen Vermögensverhältnisse. — Die Niederschlesische Eisenbahn war in den letzten Tagen stark mit Militär besetzt. Ein Transport von 250 schweren Criminalverbrechern, welcher wegen Uebertretung der schlesischen Gefängnislocale nach dem Moabiters Zellengefängnis übergeführt werden soll, war die Veranlassung hierzu. — Der constitutionelle Wahl-Ausschuß für Schlesien hat nunmehr ebenfalls eine Ansprache an die Wähler Schlesiens erlassen. — Der hiesige Verein der Ärzte und Wundärzte, welcher sich bald nach den Märztagen constituirte und eine Einwirkung auf die Reform der Medicinalgesetzgebung beabsichtigte, hat sich nun aufgelöst. Die Theilnahme hatte zuletzt bedeutend nachgelassen. Zuerst führte der Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Thümmel, den Vorsitz. Mit

dessen freiwilligem Rücktritt war auch die Blüthezeit des Vereins als beendet anzusehen. Es folgte der Dr. Lessing und diesem der Dr. Grävell. Wie man hört, wird der Verein nächstens interessante Druckschriften als ein Ergebnis seiner früheren Thätigkeit veröffentlichen.

— Der Abg. v. Voigts-Rbeck hat folgenden Verbesserungsantrag in der ersten Kammer eingebracht: „Statt des Vorschlages der Kommission zur Prüfung des v. Seibitz'schen Antrages, „betreffend den Bau einer Eisenbahn von Pöfen nach Breslau und einer Verbindungsbahn von Glogau nach Kissa“ den folgenden Beschluß zu fassen: In Erwägung der hohen militairischen und anderweitigen Wichtigkeit einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Pöfen, Glogau und Breslau; in Erwägung ferner der politischen Stellung der Provinz Pöfen, welche einen engeren, auf Interessen gegründeten Anschluß an die Monarchie unter den obwaltenden Verhältnissen dringend nothwendig macht; in Erwägung endlich, daß die aufzuwendenden Baukosten eine verhältnißmäßig nachtheilige Belastung des Staats mit Wahrscheinlichkeit nicht erwarten lassen, und daß, abgesehen hiervon, die Bedenklichkeit der zu leistenden Ausgabe durch die hohe Wichtigkeit der bezeichneten Metall-Strassen vollkommen aufgewogen wird, „empfiehlt die Kammer die in Vorschlag gebrachten Eisenbahn-Linien der besonderen Berücksichtigung der Staatsregierung, mit dem Ersuchen, die geeigneten Vorlagen wegen deren Ausführung so bald, als thunlich vorbereiten und noch in dieser Session einbringen zu wollen.“

Der hiesige Rechts-Anwalt und Kreis-Justizrath Dr. Straß hat so eben eine schätzenswerthe Ansprache an seine Deutschen Mitbürger aller Stämme in Bezug auf die Wahlen zu dem Deutschen Reichstag in einer Brochüre erlassen, und die Hälfte des dafür eingehenden Reinertrages dem Frauen-Verein für die verschämten Armen Berlins bestimmt. Der Verfasser derselben sagt unter anderem am Schlusse: „Der Verfassungs-Entwurf vom 26. Mai bietet die herrliche Grundlage für eine Verfassung des Deutschen Bundesstaates, wie das Deutsche Volk in freisinniger Weise sie nur wünschen kann. Er schafft eine kräftige vollziehende Gewalt, die auch dem Auslande gegenüber endlich dem Deutschen Namen die Ehre erwirkt wird, die ihm schon längst gebührt. Er gründet aber auch für das Deutsche Volk eine umfassende und kräftige Vertretung, eine lebendige Theilnahme an den Geschicken des Vaterlandes. Was auch die Minister Struve und v. B. forderten sagen mögen, der alte Deutsche Bund hat sich überlebt; ihn wieder zu erwecken in der alten Gestalt wäre eine schwere Verübung an dem Deutschen Volke. Die Verfassung vom 26. Mai bewahrt die Selbstständigkeit der einzelnen Fürsten und Stämme, so viel der große Zweck der Deutschen Einheit dies irgend gestattet, sie schafft aber zugleich das mächtige Centrum, die kräftige ausführende Gewalt, ohne welche Deutschland nimmer gedeihen kann, ohne welche es immer ein Spielball des Auslandes bleibt. Haltet alle fest an dem Gedanken der Einheit und Eintracht, fest an dem Gedanken, daß ein kleines, aber kräftiges Deutschland — wenn sich ein großes und starkes nicht sogleich errichten läßt — besser ist, als ein großes und schwaches, oder gar keins!“

Vor einigen Tagen ist auch vom Württembergischen Cabinet ein abmahnendes Schreiben eingelaufen, welches die Preussische Regierung ersucht, auf die Aussetzung des Erfurter Reichstages hinzuwirken. Ein Protest scheint von der Regierung Württembergs abschüssig vermiendet zu sein. Sachsen dagegen hat nunmehr sich förmlich gegen den Reichstag und seine rechtlichen Folgen verwahrt, und gegen jede Verfassungs-Neugestaltung ohne Einwilligung sämtlicher Bundesglieder protestirt. Ein Gleiches hat Hannover gethan. Die betreffenden Regierungen werden wohl nicht ansetzen, diese letzten Marksteine ihrer Politik in die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist dabei nichts weiter neu und merkwürdig, als etwa der Umstand, daß sie gleichsam aus Scham so lange damit zurückhielten. Sie wollten mindestens Oesterreich, Baiern und Württemberg vorangehen lassen. Wenn nun auch kein Vertrag vom 15. Septbr. als Verschwörung gegen den Bundesstaat besteht — das Einverständnis der Gegner desselben in der Negative ist ausgesprochen. — Die Schleswig-Holsteinischen Vertrauensmänner haben von Kiel aus eine sehr würdig gefasste Loyalitäts-Adresse an den König vorausgeschickt, welcher sie alsbald nach Kopenhagen folgen wollten. Sie haben jedoch ihren Entschluß in den letzten Tagen geändert und werden zunächst noch die Antwort des Königs in Kiel abwarten und sodann ihre Mission antreten. Ein offizieller Empfang steht ihnen in Kopenhagen dem Vernehmen nach nicht bevor. (Köln. Z.)

Reisse, den 6. Januar. Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, daß das zur Aburtheilung der Schwednitzer Vorfälle jüngst in Berlin zusammengetretene Kriegsgericht die beteiligten Militairpersonen freigesprochen hat. So wäre also der letzte Akt des Drama's: „Stein'scher Antrag“ ausgespielt und die Zuschauer gehen zufrieden gestellt nach Hause. (N. D. Z.)

Aus Pommern, den 6. Januar. Obwohl unser letzter Bericht die Lage des Professors Kintel als eine verbesserte darstellte und Gründe uns zum Glauben berechtigten, daß der Minister des Innern nach den Forderungen der Humanität auf das Schicksal des Gefangenen im Zuchthause einwirken würde, liegt uns heute die traurige Pflicht ob, zu melden, daß die Behandlung des gefesselten Dichters sich wesentlich nicht verändert hat. Die Befestigung desselben erfolgt nach der Zuchthausordnung, seine Kleidung ist die eines Sträflings, jedoch wird ihm eine längere Zeit als früher zur Erholung in freier Luft vergönnt. In der Zelle Kintels befindet sich die Bibel und ein Liederbuch, aber bis heute ist noch kein Zeitungsblatt, keine Brochüre in die Zelle gedrungen, so daß derselbe über die politische Lage des Vaterlandes seit seiner Entfesselung vollständig im Dunkeln ist. Man beschäftigt den Gefangenen jetzt mit Abschreiben, jedoch ist uns unbekannt, welches tägliche Pensum gestellt ist und was von ihm abgeschrieben werden muß. Bekanntlich verdankte Kintel seinen Ruf an die Universität zu Bonn seiner Kunstgeschichte, von der jedoch nur der erste Theil erschienen war. Die Fortsetzung dieses Werkes wurde durch die Thätigkeit Kintels als Abgeordneter und durch die politischen Stürme

des letzten Jahres unterbrochen, und obwohl das Zuchthaus und die Kunstgeschichte starke Gegensätze bilden, so würde ein Lieblingswunsch des Gefangenen jedenfalls erfüllt, wenn man ihm vergönnte, jenes Werk zu vollenden. Die wenigen zu diesem Zweck erforderlichen Hilfsmittel liegen sich leicht beschaffen. Der Minister des Innern hat jedoch jede literarische Beschäftigung des Dichters verboten — die dem Gefangenen angemessene Beschäftigung bleibt das Abschreiben. Die Theilnahme für Kinkel hat sich noch weiter steigert, nachdem seine Persönlichkeit durch seine Werke näher aufgeschlossen ist. In vielen Familien Pommerns finden Sie Kinkels Gedichte und zum Weihnachtsfest hatte eine bedeutende Buchhandlung in Stettin ihren Vorrath von den Schriften des Genannten völlig geräumt. So schlingt sich ein festes Band zwischen dem gefangenen Dichter und den Lesern seiner Werke, welches unabhängig von der politischen Parteilichkeit Kinkels seinen Einfluß äußert. (Nat. Ztg.)

P.C. Stettin, den 7. Januar. Die bei der Preussischen Armee eintretenden Erfahrungsaufgaben werden bekanntlich einer kurzen Prüfung in Bezug auf ihre Schulfachkenntnisse, Lesen, Schreiben und Rechnen, unterworfen. Nach einer uns für die Jahre 1843 bis 49 vorliegenden Uebersicht der Resultate dieser Prüfung wurden von 100 Eingestellten ohne allen Schulunterricht befunden:

| | pro 1843 | und pro 1849 |
|-------------------------------------|----------|--------------|
| 1) in der Provinz Sachsen | 0,61 | 0,27 |
| 2) " " Pommern | 0,61 | 1,24 |
| 3) " " Brandenburg | 2,68 | 0,64 |
| 4) " " Westphalen | 2,20 | 2,03 |
| 5) " " Rheinland | 5,60 | 2,76 |
| 6) " " Schlesien | 6,61 | 5,45 |
| 7) " " Preußen | 8,70 | 10,14 |
| 8) " " Posen | 33,51 | 18,80 |
| In der ganzen Monarchie | 6,69 | 5,09 |

Hieraus ergibt sich, daß der Fortschritt der Volksbildung in der ganzen Monarchie um circa 1½ gestiegen ist. In der Provinz Posen war derselbe am auffallendsten, nämlich circa 15%; in Pommern dagegen hat sich ein freilich unbedeutender Rückschritt gezeigt. Im Allgemeinen stehen die katholischen Provinzen hinter den evangelischen in der Schulbildung zurück. — Die Post unterhält bekanntlich eine regelmäßige Dampfschiffahrt von Stettin nach Ostadt, Kopenhagen und Petersburg. Nach dem Etat pro 1849 stellte sich das finanzielle Resultat desselben, wie folgt:

| | | |
|-------------------------------------|----------------|---------------|
| Die Dampfschiffahrt zwischen: | | |
| Stettin und Ostadt bringt ein . . . | 8,500 Rthlr. | 11,400 Rthlr. |
| " " Kopenhagen | 17,100 " " | 20,870 " " |
| " " Petersburg | 84,000 " " | 47,070 " " |
| | 109,600 Rthlr. | 79,340 Rthlr. |

Hiernach gewährt nur der Petersburger Cours eine Reineinnahme.

— Um der hier erscheinenden demokratischen Bürgerzeitung, welche eine nicht unbedeutende Verbreitung hat, entgegen zu wirken, ist seit kurzem die „Stettiner Allgemeine Zeitung für Jedermann aus dem Volke“ gegründet. Dieselbe verbindet die politischen Nachrichten auch mit belletristischen Beigaben und kostet wöchentlich 1 Sgr. — Der Gewerbestand Neuorpommerns hat gegenwärtig in Stralsund eine Gewerbeausstellung veranstaltet, welche von 60 selbstständigen Gewerbetreibenden und 15 Gehülften und Lehrlingen besetzt ist. Der Werth der ausgestellten Gegenstände beträgt ungefähr 4500 Rthlr. — Nach der Ende v. J. hier stattgefundenen Zählung hat Stettin jetzt 43,579 Einwohner, die Vermehrung der Bevölkerung hat gegen das Jahr 1848 — 2½ und gegen das Jahr 1829 also in 20 Jahren 53½ betragen. — In diesen Tagen haben hier die verschiedenen Gewerbe die Mitglieder der Kreisprüfungskommission gewählt, welche demnächst in Wirksamkeit treten wird. — Das im conservativen Sinne redigirte Wochenblatt „der treue Pommern“ in Belgard ist mit dem Anfang dieses Jahres eingegangen und der Redakteur desselben Lieutenant a. D. von Blum hat die Redaktion des in Göslin erscheinenden „Freundes des geistlichen Fortschritts“ übernommen.

Von der Ostsee, Ende Dezember. Das Reisen nach Rußland und Polen ist bekanntlich bis jetzt sehr erschwert gewesen. Wer nach dem Czarenreiche reisen wollte, mußte erst bei dem in seinem Wohnorte oder in der Hauptstadt des Staates, dessen Angehöriger er war, residirenden Kaiserl. Russ. Diplomaten Zeugnisse über seinen guten Leumund und über seine politische Unveränderlichkeit einreichen, worauf der Russ. Diplomat erst für ihn die Erlaubniß zur Reise in Petersburg, resp. Warschau nachsuchen mußte, — welches Gesuch aber auch nur in seltenen Fällen, selbst bei spezieller Fürsprache und Empfehlung durch den betreffenden russischen Agenten, besagend beantwortet wurde. — Vor Kurzem ist indes, sicherem Vernehmen nach vom Petersburger Kabinet angeordnet worden, daß fortan jeder russische Gesandte im Auslande, selbstverständlich unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit dafür, Pässe nach Rußland und Polen ertheilen darf, die bei der Vorsehung von den dortigen Behörden respektirt werden müssen. — Diese, wenn auch nur geringe Erleichterung des Personenverkehrs wird es möglich machen, daß manche Geschäfts-, namentlich Erbschaftsangelegenheit, deren Regulirung bisher durch die oft Monate lange Verzögerung oder durch völlige Paperverweigerung unmöglich war, nunmehr rechtzeitig wird in Ordnung gebracht werden können. (H. B. H.)

Kiel, den 4. Januar. (Const. Ztg.) Von Gravenstein aus gingen zwei Abreisen an die zweite Hanoversche Kammer und an die Ständerversammlung zu Kassell ab; in der ersteren lautet ein Passus: „Schleswig-Holstein ist in seinen Rechten tief gekränkt, seine gerechten Forderungen sind schändlich zurückgewiesen, und es bereitet sich muthig vor, den Entscheidungsschmerz mit seinem Feinde allein zu bestehen.“ — In Flensburg ist es jetzt dahin gekommen, daß sich die Bürgergenossenschaft, sich gegen die Polizei-Schergen des Polizeimeister Schrader zu bewaffnen, welche ruhig einschreitende Bürger auf der Straße anfallen, verwunden und in die Wache schleppen. Einer dieserhalb sich zu Schrader verfügenden Deputation verweigerte dieser zuerst eine Audienz, ließ sich sogar verleugnen und ließ die Deputation erst vor, nachdem er sich eine Schutzmannschaft von Schweden und Polizeidienern besorgt hatte. Statt aber eine Verständigung herbeizuführen und die bewaffneten Polizeidiener aus dem Dienste zu entfernen, gab er der Deputation den tröstlichen Bescheid, daß noch mehr Polizeidiener und diese noch besser bewaffnet werden sollen. In Flensburg kommt es bald zu blutigen Konflikten.

Frankfurt, den 3. Januar. Herr v. Gager hat die Urkunde, womit ihm die Stadt Braunschweig das Ehrenbürgerrecht ertheilt, zu Weihnachten erhalten. Sie ist ein Kunstwerk, welches die Kenner in hohem Grade aufpricht, und wir vernehmen, daß dieselbe, auf

den Wunsch der Direction, in dem Städel'schen Institut ausgestellt werden wird. (D. Z.)

Oesterreich.

LNW Wien, den 4. Januar. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht den Vortrag des Ministerrathes in Betreff der Landesverfassungen und Landtagsabänderungen. Es wird ein Rückblick auf die Neugestaltung des Reiches geworfen, was bisher geschehen und was für die nächste Zukunft eingeplant wird; nunmehr kann die Landesverfassung in den einzelnen Kronländern in Wirksamkeit treten. Die Grundprinzipien, welche die Regierung bei Feststellung dieser Landesverfassungen annahm, sind in der Reichsverfassung begründet; es mußten nur die Grenzlinien aufgefunden werden zwischen der gesetzgebenden Reichs- und Landesgewalt, zwischen der theilbar der Krone zustehenden Exekutivgewalt und zwischen der Entscheidungs- und Verwaltungsbefugniß der Landesvertretungen und ihrer Organe. Die Zusammenfassung der Landtage gründet sich auf Interessen-Vertretung mit unmittelbaren Wahlen. Die Wahlkörper sind in drei Theile getheilt: Grundbesitz, Industrie und Intelligenz in sich fassend. Die Wahlkörper werden nach dem Censur gebildet und zwar nach demselben Maßstabe, wie bei den Reichstagswahlen; die Landtage werden daher die Höchst-, Mittel- und Niedrigst-Bevorzugten zugleich repräsentiren. Die Höchst-Bevorzugten des ganzen Landes (300 Gl.) bilden einen einzigen Wahlkörper. Die übrigen Wahlbezirke richten sich nach der politischen Einteilung des Landes. Die Wahlen geschehen durch mündliche Stimmgebung; die Landtagsdauer ist 4jährig. Die Zusammenberufung der nächsten Landtage ist nicht bestimmt, da vorerst umgängliche nöthige Vorbereitungen getroffen werden müssen; die Regierung wird mit gewissenhaftem Eifer alle dazu führenden Maßregeln zu fördern streben. Se. Majestät genehmigten diese Grundsätze und beauftragten die Durchführung der vollzogenen Patente, die jedoch erst für Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Krain, Istrien, Tyrol und Vorarlberg entworfen sind und deren Publikation in den nächsten Tagen bevorsteht. — Es heißt, daß der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna zum Besuch hierher kommen sollen. — Der Kardinal-Erzbischof von Salzburg, Fürst Schwarzenberg, erhält nunmehr den erzbischöflichen Stuhl in Prag als Primas von Böhmen. — Aus Galizien treffen viele Klagen von Seite der dortigen Grundbesitzer ein, welche bei der Bodenentlastung wohl am ärgsten wegkommen dürften. Namentlich fügen ihnen die Aushebung des Propinationsrechtes (Brandweinzwang) um so größeren Schaden zu, als dafür gar keine Entschädigung stattfindet. Außerdem wirkt wohl nirgends der Mangel an Arbeits- und Zugkräften so empfindlich, wie in Galizien.

Die Sitzungen unserer Akademie der Wissenschaften, welche regelmäßig zweimal in der Woche stattfinden, gehen sehr spürlos vorüber. Nicht nur, daß sie kein zahlreiches Publikum versammeln, so will sich sogar in unsern vielspaltigen Blättern auch kein Raum zur Berichterstattung dazu vorfinden. Hieran mögen wohl zwei Umstände ganz besonders einwirken, erstens die Abwesenheit des Versammlungsortes (in der Vorstadt Wieden im polytechnischen Institut) und noch vielmehr die schlecht getroffene Wahl der öffentlichen Vorträge. So hörten wir in der letzten Sitzung, philologisch-historischer Klasse, wohl drei Viertel Stunden lang Herrn Hofrath Hammer eine Litanei von Namen anführen, woraus sich kaum etwas anderes ergab, als die bekannte orientalische Sitte, in solcher Namensbeilegung eine Beziehung des Menschen zu Gott zu suchen. Hieran folgte eine Abhandlung über die Sprachwurzeln im Sanskrit; ein Gegenstand, der hier ein solches Interesse erregt, daß der vortragende außerordentliche Professor in Wien nicht mehr als — einen Zuhörer zählt. Interessant sind die historischen Vorträge, besonders die von Schmöl, der das letzte Mal nicht sprach, wofür der Doctor Schmidt in allgemein ansprechenden, aber nur allzukurzen Worten die Bedeutung der geographischen Verhältnisse im politischen Leben des ethnographischen entgegenstellte. Auch die Vorträge der physikalischen Klasse spielen allzusehr in das medizinische Gebiet hinein, um den eigentlich vorgezeichneten Zweck der öffentlichen Vorlesungen zu fördern. Nur die letzten Vorträge über Typhusdrüsen erregen Theilnahme, da diese Krankheitsform überall jetzt vorherrscht. — Unter den Einsendungen wurde das Projekt versunkene Schiffe durch Befestigung von Luftballons in den großartigen Dimensionen an die Oberfläche zu bringen, als völlig unhaltbar dargestellt, dagegen wurde mit großer Auszeichnung zweier chemisch-physikalischen Abhandlungen erwähnt, von dem Dr. Theodor Wertheim aus Graz und vom Dr. Wilhelm Wertheim aus Paris eingeschickt. — Morgen den 5. d. wird in der K. K. Hof- und Staatsdruckerei das erste Stück des neuen Jahrganges (1850) des allgemeinen Reichs-, Gesetz- und Regierungs-Blattes jedoch vorläufig nur in der deutschen Sprache ausgegeben werden. — Die Nachricht von Dr. Riegers Verhaftung in Paris beruht auf einem daselbst stattgefundenen Mißverständnis, das mit dem Bedeuten entschuldigt ward, Rieger sei in Paris willkommen, und könne seinen Aufenthalt dort nach Belieben verlängern. — Nach den neuesten Nachrichten aus Prag, sah man daselbst fortwährend eine Ueberschreitung der sächsischen Grenze von wieder nach dieser Seite vorrückenden Truppen entgegen. Das Hauptquartier des Erzherzog Albrecht ist jetzt in Theresienstadt. — Der neue Statthalter, der Ministerialrath Emminger, ist Verfasser eines Entwurfs zur Nobilitirung, welcher vor einigen Jahren in der „Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt erschien und damals bedeutende Sensation erregte. — Gestern wurde ein neues Ballet „die fünf Sinne“ im Kärnthnertheater aufgeführt, und fiel gänzlich durch. Das gleichzeitig im Burgtheater gegebene Lustspiel „Er sucht seine Braut“ von Prechtler hatte kaum ein viel besseres Schicksal.

LNW Wien den 5. Januar. Dem Vernehmen nach werden die Kronlandtage im Herbst d. J. zusammenzutreten; die Einberufung des Reichstages dürfte sodann verfassungsgemäß im Mai 1851 erfolgen. — Der Belagerungszustand in Wien soll im April oder Mai d. J. früher aber noch früher in der Hauptstadt Böhmens aufhören. — Der Stand der österreichischen Eisenbahnen betrug mit Ende 1848: 148 Meilen, die dem Betriebe übergeben waren und 54 Meilen, die noch im Baue begriffen sind. Der Kostenanwand betrug 126 Mill. Fl., wovon 82½ Mill. die Staatskasse und die übrigen 43½ Mill. Private treffen. Eine Meile kommt durchschnittlich auf 630,000 Fl. C. M. — Ein Aufruf des Gouverneurs von Wien, F. J. M. Welben, betrifft die Begründung eines Fonds zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen Wiens mittelst Naturalien, namentlich Brennholz und Kleingeldstücken, so wie mit Geldbeiträgen. Diefem hochherzigen Aufrufe wurde auch schon nach beiden Richtungen in namhafter Weise entsprochen. Ein unter persönlicher Ueberwachung des Gouverneurs stehendes Comité aus Bezirkskommissären, Armenvätern, Pfargemeinlichen und Vertrauensmännern gebildet, wird die Vertheilung der eingehenden Spenden erleichtern. — Der Redakteur des „Zuschauers“ Dr. Ebersberg hat den preuß. Rothen Adlerorden 4. Klasse erhalten. — Das

Hauptquartier des 6. Armee-Corps ist von Piacenza nach Padua verlegt worden und der Corps-Commandant, F. J. M. Baron d'Aspre ist daselbst bereits eingetroffen.

Frankreich.

Paris, den 3. Jan. (Köln. Z.) Durch vergiftetes Zuckerwerk, welches einer Dame von unbekannter Hand gestern zugesandt wurde und womit sie sofort mehrere bei ihr befindliche Personen bewirthete, sind drei um's Leben gekommen; zwei andere wurden durch schnelle ärztliche Hilfe gerettet. Die Polizei hat die Untersuchung begonnen und schon mehrere Verhaftungen vorgenommen. — Aus Bordeaux wird die Amts-Suspension mehrerer Maire's des Departements, so wie die Schließung einer demokratischen Gesellschaft gemeldet.

— Die heutige Sitzung der National-Versammlung ist eben so tumultuarisch als uninteressant. Der Vorsitzende will das gestern angekündigte Resultat der Abstimmung über das Gesetz gegen Volkschulheer wegen der von den Secretären nach der Sitzung aufgefundenen Unrichtigkeiten abändern. Die Linke und selbst ein Theil der Rechten widersteht sich auf das Heftigste. Mehrere Volksvertreter besteigen die Tribüne, um sie persönlich betreffende Irrthümer im „Moniteur“ bei der Aufzählung der für und wider abgegebenen Stimmen zu rügen. Nach mehr als dreistündigem Hin- und Herreden und Tumulturen ist noch nicht entschieden, ob das gestrige Votum gelten soll oder nicht. Man sieht die Vertreter der beiden Parteien von Bank zu Bank gehen, um Stimmen anzuwerben, da offenbar noch ein Mal abgestimmt werden wird. Die Versammlung kann beim Widerstreit der entgegengegesetzten Meinungen und Ansprüche nicht zur Abstimmung darüber kommen, ob die gestrige Abstimmung gelten soll oder nicht, und ob das gestern proclamirte Resultat durch das heute angekündigte entgegengesetzte ersetzt werden soll oder nicht. Endlich verständigt man sich zu einer Abstimmung über die Wichtigkeits-Erklärung des gestrigen Votums, die mit 371 Stimmen gegen 248 genehmigt wird. Vier Stunden einer Sitzung, die dem Lande 20,000 Franken kosten, verschwenden, um zum Votum über ein Votum zu gelangen und endlich das Resultat der vorhergehenden Sitzung zu vernichten! Es wird hierauf sofort zu einer neuen Abstimmung über die Dringlichkeit des Gesetzes Entwurfes gegen die Volkschulheer geschritten. Es ergeben sich diesmal 329 Stimmen dafür und 303 dagegen. Obgleich wieder die Unregelmäßigkeit stattgefunden hat, daß bei 629 Stimmzetteln nur 623 Regeln in der Control-Urne gefunden worden sind, so proclamirt der Vorsitzende dennoch als Resultat die Dringlichkeit des Gesetzes-Entwurfes worauf die Sitzung geschlossen wird.

Paris, den 4. Januar. (Köln. Ztg.) Der Ministerrath hielt heute unter L. Napoleon's Vorsitz eine zweistündige Berathung im Elysee. Die „Erfasste“ will wissen, daß dem Ministerrath Mittheilung von wichtigen Nachrichten aus Deutschland (?) gemacht worden sei. — Die Ankunft Lamartine's und sein Erscheinen in der Versammlung werden für morgen angekündigt. — Ein Decret L. Napoleon's verfügt, daß die beständige Theater-Commission eine beratende sein und dem Minister über alle Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Fragen ihr Gutachten abgeben soll, welche sich auf die Theater beziehen, und zwar insbesondere über die Errichtung dramatischer Institute und über die das Conservatorium der Musik und Declamatorium betreffenden Bestimmungen. Die Zahl der Mitglieder dieser Commission ist definitiv auf elf festgesetzt; keines derselben darf direct oder indirect mit einem Theater in Verbindung stehen. Ein zweites Decret erneuert die Mitglieder der Commission. — Barbes soll den Häuptern der socialistischen Partei brüderliche Versöhnung angerathen haben, weil dieselbe am Vorabend der Erfahrung bringen notwendig sei. — Gestern Vormittag hielten zuerst der türkische und dann der englische Gesandte lange Conferenzen mit dem Minister des Auswärtigen. — Einem Gerüchte zufolge hätte gestern Abends das ganze Ministerium seine Dimission gegeben, was jedoch schwer zu glauben ist. In allen Ministerien herrschte aber heute Vormittags große Bewegung, und die Mitglieder der Majorität hielten gestern Abends mehrere Conferenzen. — Ein Journal erzählt, der Unterrichtsminister sei gestern Morgens von einem Mitgliede der Majorität zum andern gegangen um sie für seinen Gesetzesentwurf in Betreff der Elementar-Lehrer günstig zu stimmen, indem er versprach, den allgemeinen Gesetzesentwurf über den öffentlichen Unterricht sofort folgen zu lassen. — Brousson, der bekanntlich in der Conciergerie sitzt, beabsichtigt angeblich, sich nächstens zu verheirathen. — Das neue Gesetz in Betreff des Colporteurs, welches nächstens der Versammlung vorgelegt werden soll, enthält strenge Bestimmungen gegen die socialistische Propaganda. — Bou Maza ist nach Ham zurückgekehrt, weil er den hiesigen Aufenthalt zu kostspielig findet. — General Grammont hat zur Verbesserung des Abstimmungs-Verfahrens in der National-Versammlung einen Vorschlag eingebracht, wonach jedes Mal, wenn die Zählung der Stimmen nicht mindestens eine Majorität von fünf Stimmen ergibt, das Ergebnis des Scrutiniums erst nach der sorgfältigsten Prüfung bekannt gemacht werden soll. — Gestern sagte ein bekanntes Mitglied der Majorität im Conferenzsaale: „Ich weiß nicht, weshalb uns Hr. Thiers 3000 Stunden von hier wegen der La Plata-Angelegenheit in einen Krieg, der uns mit England und Nordamerika entzweit, verwickeln will, da wir ohnehin nächstes Frühjahr genöthigt sein werden, in der Schweiz, in Italien und jenseits des Rheins Krieg zu führen.“ — Auf den Wunsch des Finanzministers hat die Bank von Frankreich beschlossen, die Zahl ihrer Zweigbanken in den Departements zu vermehren. — General Omeau hat kraft der ihm durch den Belagerungs-Zustand zustehenden Vollmacht den Verkauf mehrerer socialistischen Almanache und Flugchriften im Bereiche der 6. Militär-Division untersagt.

— Die heutige Sitzung der National-Versammlung beginnt mit 2 Scrutiniis für die Ernennung des Präsidenten, der Vice-Präsidenten und Secretäre, worüber volle zwei Stunden verfließen. Das Ergebnis in Bezug auf die Präsidentenwahl ist, daß Dupin mit 288 Stimmen abermals für ein Vierteljahr gewählt ward. Die Versammlung setzt sodann die Berathung über die La Plata-Angelegenheit fort. Der Berichterstatter der Commission, Hr. Daru, verliest einen langen Bericht, worin er den ganzen bisherigen Gang der Discussion beleuchtet und sodann ihren jetzigen Standpunkt hervorhebt. Er äußert, daß die Commission, dem Willen der Versammlung gehorchend, das Amendement de Rancé's geprüft habe und nach reifer Erwägung bei ihren Beschlüssen, dahin lautend, daß der Vertrag Lepedour nicht ratificirt werden könne, stehen geblieben sei. Da jedoch die völlige Aufhebung des Vertrages von Rancé dem angerathen werde, so glaube die Commission, daß man das letzte Mittel anwenden müsse, um den Krieg zu vermeiden. Sie schlägt daher vor, das Amendement de Rancé's durch folgenden Vorschlag zu ersetzen: „Die National-Versammlung laßt die vollständige Gewalt ein, die Unterhandlungen, welche sie am La-Plata fortzusetzen beabsichtigt, durch Streitkräfte zu unterstützen, welche geeignet sind,

deren Erfolg zu sichern und unsere Landsleute wirksam zu beschützen.“ Eine längere Aufregung, folgt der Rede Daru's. Nachdem de Rancé sein Amendement zu verteidigen gesucht hat, spricht Laussat für die Ratifikation des Vertrages Verbeur, worüber heftiges Murren entsteht. Der Redner ist bei Abgang der Post noch auf der Tribüne.

Der gestern hier angelangte Courier von Konstantinopel brachte uns noch immer nicht die freudige Botschaft von der Beilegung der russisch-türkischen Differenz. Bis zum 15. Decbr. war vielmehr noch Alles im Status quo; die diplomatischen Verbindungen wurden weder von Seiten Russlands noch Oesterreichs wieder angeknüpft, und die Antwort von Petersburg läßt lange auf sich warten. Es scheint, als ob Russland einen Seitenblick auf Deutschland geworfen, und von der Wendung, welche die Oesterreichisch-Preussische Frage nehmen würde, seine Politik im Orient abhängig gemacht hätte. Es wird Ihnen nichts Neues sein, wenn ich Ihnen sage, daß Preußen und Oesterreich wieder verflochten seien. Nichts desto weniger darf diese Gelegenheit noch nicht als ganz beigelegt angesehen werden, da Persien die Mission hat, Preußen einer Englisch-Französischen Allianz zu gewinnen, und mit dem Englischen Gesandten ganz gleichlautende Instruktionen hat. Ich erwähne dieses Umstandes, um die von Ihrem Blatte gegebene Nachricht aus vollkommenen gut unterrichteter Quelle zu bestätigen und um darauf hinzuweisen, wie es möglich ist, daß die orientalische Frage noch einige Zeit in der Schwebe bleiben dürfte. Die Flotten der beiden wettstreitenden Mächte werden demnach auch wahrscheinlich in der Levante überwintern. Die Gegenwart der erwähnten Flotten ist übrigens nicht bloß wegen der Flüchtlinge-Frage notwendig, sie wird noch mehr durch die Schwierigkeiten erheischt, welche Russland in den Donau-Fürstenthümern heraufbeschwört. Es vermehrt nämlich seine Macht daselbst von Tag zu Tag, und dieselbe wird sich bald auf 40,000 Mann belaufen. Die Pforte machte Vorstellungen in Petersburg und beharrt auf den Bedingungen von Balta Liman. Sir Stratford Canning unterstützt die Vorstellungen des Türkischen Kabinetts. Der Türkische Gesandte in Wien weigerte sich die Ungarischen Flüchtlinge in der Türkei durch Oesterreichische Regierungs-Commissare überwachen zu lassen, und die Minister des Sultans beizien sich, seine Handlungsweise gut zu heißen. Aufsehen macht hier die Verordnung des Sultans, vermöge welcher alle Beamten einen Eid leisten mußten, keine Geschenke anzunehmen. Diese Maßregel ist eben so lobenswerth, als sie dringend war. — General Vem ist als Zerstörer (Divisions-General) definitiv bei der Armee angestellt und zum Corps nach Arabistan (Syrien) beordert worden. Man erzählt sich in Konstantinopel von einem Attentat eines Croaten auf Kossuth und Vem. In der Englischen Mission flüster man sogar von Oesterreichischer Besetzung u. s. w. Diese Anklage ist zu gewichtig, als daß man sie auf ein bloßes Gerücht hin bestimmen ausprechen dürfte, und ich will hier eben bloß das Gerücht konstatiren. Gewiß ist, daß zwei andere Croaten, welche den Italienschen Advokaten Lechi, befannt wegen seiner heftigen Artikel gegen Oesterreich, ermordeten, ausgesagt, sie seien bezahlt worden — doch gestanden sie bisher noch nicht, von welcher Seite her. — Die Pforte ist wüthend über die Unversöhnlichkeit, mit welcher die russische Regierung ihre panslawistische Propaganda in Serbien betreibt. Der russische Consul Kowshin (in Belgrad) versteht die Serbischen Journale mit Artikeln, welche gegen die Pforte und vorzüglich gegen Frankreich agitiren. Der Präsident der Republik wird mit unter sehr übel mitgenommen. Wer Russlands weitestreichende Politik kennt, wird dieses Faktum gehörig zu würdigen wissen.

Großbritannien und Irland.

London, den 3. Januar. Die Protectionisten in Irland haben kein Glück. An den wenigen Orten, wo sie durch Berufung von Versammlungen die öffentliche Meinung herausgefordert haben, sich für oder gegen sie zu erklären, sind sie geschlagen worden oder haben es für gut befunden, den von ihnen selbst gewählten Kampfsplatz gar nicht zu betreten. So sollte kürzlich in der Grafschaft Wexford (Provinz Leinster) ein Meeting abgehalten werden. Die Zahl der Freunde der Partei, welche sich einstellten, um demselben beizuwohnen, war nicht gerade unbedeutend, konnte aber auch keineswegs für glänzend gelten, und man hielt es daher für besser, es auf eine Demonstration, die leicht eine verunglückte werden konnte, nicht ankommen zu lassen, sondern ohne Weiteres auseinander zu gehen. Auch war eine große Anzahl Freihändler erschienen, welche, wenn die Protectionisten wirklich ihre Niederlagen hätten, sich an der Discussion betheiligte haben würden. — Herr John O'Connell hat sein Mandat als Parlaments-Mitglied für Limerick niedergelegt. Der Grund, welchen er selbst für seinen Rücktritt angebt, ist der, daß ihn seine Vermögens-Verhältnisse nöthigen, zu seiner früheren Beschäftigung, die er vor zwölf Jahren auf den Wunsch seines Vaters aufgegeben, zurück zu kehren, und daß er deshalb nicht länger im Stande sei, seine parlamentarischen Pflichten zu erfüllen. — Bekanntlich hat Ludwig Napoleon und der frühere französische Minister des Innern, Dufaure, den Herren Brett und Loeche die Concession erteilt, eine Verbindung zwischen England und Frankreich durch elektrische Telegraphen herzustellen. Wahrscheinlich wird die Arbeit sehr bald in Angriff genommen werden. Die Unternehmern sind am vorigen Montag in London angekommen; sie garantiren vermittelst eines einzigen Votates, an dem nur zwei Personen, eine in Frankreich, die andere in England, beschäftigt sein sollen, in 100 auf einander folgenden Minuten die Beförderung von 100 Nachrichten, jede 15 Wörter enthaltend, mit Einschluß der Adresse und Unterschrift, und deutlich auf Papier gedruckt.

London, den 4. Jan. (D. N.) Die königliche Neujaarsgabe von Lebensmitteln und Kleidungsstücken an die Armen von Windsor und der Umgegend hat auch dies Mal wieder in reichem Maße stattgefunden. — In Southampton ist kürzlich eine arme hochschwangere Frau durch die Nachlässigkeit der dortigen Armen-Verhörden im eigentlichen Sinne vor Hunger gestorben. Eine Untersuchung ist deshalb eingeleitet. — Eine wichtige Stütze der irischen Repeal, der talentvolle Redakteur des „Irish Felson“, La For, ist kürzlich gestorben.

Gobden hat die Absicht, sich auf einige Tage nach Aylesbury, dem Mittelpunkt der Agriculturndistrikte, zu begeben, um einer Versammlung von Pächtern und Grund-Eigenthümern beizuwohnen. Herrn D'Israeli und seine Freunde hat er einladen lassen, um den Schulzöllnern eine große Schlacht zu liefern. — Einem Herrn Prowse in Devonshire hat Cobden einen Brief geschrieben, in dem er u. A. der Meinung entgegentritt, als sei der Englischen Manufaktur um 10—20 Prozent Schutz gewährt, vielmehr seien gerade die Hauptartikel, Baumwollenwaaren, völlig zollfrei. Ebenso gehe das Deutsche Leinen, welches der Landmann trage, frei ein, nur einige Luxusartikel, seine Seidenstoffe u. dergl., seien mit einem geringen Zoll belegt, welcher sofort aufgehoben werden könnte, ohne daß die inländischen Manufakturisten etwas dagegen haben würden.

Man fängt an, die Frage aufzuwerfen, wo denn eigentlich das kalifornische Gold bleibe. Aus New-York hört man, daß nur verhältnismäßig wenig eingeht, in Philadelphia und Boston sind auch nur kleine Quantitäten, gleichsam nur als Probe, eingegangen. In London in der Bank ist augenblicklich freilich mehr Gold als irgend je vorher, auf den ersten Blick hätte sich demnach die Frage auf die befriedigendste Weise gelöst, genauer betrachtet ist indeß dem nicht so. Zunächst ist das jetzige Surplus in der That nicht so bedeutend, denn im Juni 1845 z. B., also bevor Kalifornien ausgebeutet wurde, war der Vorrath 16,600,000 Pfd., und jetzt ist er nur wenig über 17 Millionen; überdies hat das transatlantische Goldland nur einen kleinen Antheil am Zufluß. Genauen Berechnungen nach sind im Laufe des Jahres 1849 für 6,788,655 Pfd. Gold in Southampton eingegangen, woran noch Mexiko, Central-Amerika, Chili, Peru, Bolivia und Neu-Granada partizipiren. Auf den Weltmarkt scheint demnach die Entdeckung jener Minen nicht — oder doch nicht so rasch den Einfluß zu üben, den man erwartet hat. — Das New-Yorker Handels-Journal giebt wieder eine sehr traurige Schilderung des Zustandes der Goldgräber. Viele sollen durch körperliche Strapazen und Enttäuschungen in einem Grade deprimirt sein, der ihren Lebensmuth unwiederbringlich gebrochen zu haben scheint. Alles sehnt sich nach der Heimat und Mancher würde sein schwer gewonnenes Gold hingeben, wenn er sogleich wieder wäre, von wo er einst ausgewandert, und in die alten, ihm vielleicht damals unerträglich erschienenen Verhältnisse eintreten könnte.

Eine „Prophetin“ hat eine neue Methode erfunden, um das Landvolf in Devonshire für sein gutes Geld an der Nase herumzuführen. Sie verkauft ihnen Homers Ilias im Griechischen Text als ein tabalitisches Buch, welches die Geheimnisse der Zukunft enthalte. Ach! Homer läßt alles über sich ergehen, er ist von unseren Schulen her an jegliche Mißhandlung gewöhnt!

— Zum Theil hat der Erfolg bereits bewiesen, daß die Majorität unseres Parlaments sich nicht geirrt hat, wenn sie darauf rechnete, daß die neue Navigations-Akte in anderen Ländern ähnliche Veränderungen in der Schiffsfahrts-Gesetzgebung hervorgerufen werde. Das Princip der Gegenseitigkeit ist in dieser Beziehung in mehreren Staaten schon zur Geltung gekommen. Diesen scheint sich nun auch Sardinien zugesellen zu wollen. Wir lesen in der „Times“: „Dem Beispiel, welches England durch Befreiung des Handels und der Schiffsahrt von allen Beschränkungen gegeben hat, ist die sardinische Regierung im Begriff, zu folgen. Der Ministerrath von Turin hat ein Gesetz vorbereitet, durch welches die Beschränkungen, denen britische Schiffe gegenwärtig in den sardinischen Häfen unterworfen sind, beseitigt werden, indem die britischen Schiffe in Zukunft ganz eben so wie die einheimischen behandelt werden sollen. Diese Bill wird der Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden.“

Russland und Polen.

Von der polnischen Grenze, den 4. Januar. (Bresl. Ztg.) In diesen Tagen sind in unserm benachbarten Polenlande viele Erektionen vollstreckt worden. Die Veranlassung zu selbigen war folgende: Es reiste nämlich unlängst in Polen ein Emigrir, der, sich für einen aus Paris angekommenen Emigranten und Nationalpolen ausgebend, für die Polnischen Flüchtlinge in Frankreich und Algier Unterstüßungssubscriptionen sammelte, welche die Unterzeichneten auf bestimmten Wegen den Hilfsbedürftigen zugehen lassen sollten. Diese Bemühung ist indeß den Subscribenten erspart worden. Die Arglosen ahneten keine List, daß nämlich der Reisende, ein Nationalpolen! ein Wolf im Schafsfleide, alias ein Agent der geheimen Polizei war, die stets nach Opferthieren lechzt. Denn, siehe da! zu den Betheiligten sind Kosakenpferde angekommen und das hieß es: „was ihr euren Brüdern im Auslande schicken wolltet, das sollen und müssen wir von euch erehrlich beitreiben.“ Das ist auch geschehen. Bei Manchem, der nicht sogleich Zahlung leisten konnte, sollen sich die umgebetenen Gäste, a 7 Mann, zu 10 Tage lang aufgehalten haben und der Wirth hat sie und ihre Pferde verpflegen und jedem Manne täglich noch 5 Sgr. zahlen müssen.

Schweiz.

Bern, den 29. December. (Basl. Volksbl.) Der Kaiser von Russland verbietet den Angehörigen vieler Schweizercantone das Betreten seiner Staaten, so namentlich den Genfern, Neuenburgern und Waadtländern, wodurch Manchen empfindlicher Schaden erwächst, die als Erzähler, Gesellschaftler u. bei den russischen Großen ein schönes Auskommen fanden. — Bei der gräflichen Enthauptungsfeier, die unlängst zu Appenzell stattfand, wurde durch die öffentlichen Blätter kund, daß in diesem Halbcantone noch immer die Folter angewendet werde, um Geständnisse von den Inquisiten zu erhalten. Im Nationalrathe wurde diese Barbarei dem Landammann Haute von Appenzell gehörig unter die Nase gerieben. Darüber wurde er zornig und erklärte Alles für boshafte Erfindung. Schon seit 50 Jahren, bemerkte er, werde keine Folter mehr angewendet. Als er aber gefragt wurde, was denn das Votzfutter sei, von dem die Zeitungen gesprochen, erwiderte derselbe: „Ja, das ist gar nichts. Man bindet einem, wenn er nicht bekennen will, bloß die Hände nach vorn und die Beine nach hinten, so daß er sich nicht bewegen kann und läßt ihm dann Prügel auf den aufmessen, bis er sein Verbrechen bekennt. Aber das ist keine Folter, Gott behüte; man zieht die Leute nicht mehr an den Armen in die Höhe.“

Dänemark.

Kopenhagen, den 3. Januar. In Gemäßheit allerhöchster Resolution wird der Reichstag den 28. Jan. (am Geburtstage Friedrichs VI., des Begründers der Provinzial-Institution im Jahre 1831) eröffnet werden. Die letzten Berichte über den Ausfall der Wahlen zum Landsting sind ohne Interesse, da unter den Gewählten namhafte Männer sich nicht befinden. (H. N.)

Türkei.

Konstantinopel den 19. December. Die Flüchtlinge-Frage ist doch noch immer nicht erledigt. Das türkische Ministerium wird fortwährend mit Forderungen von den fremden Gesandten bedrängt. So will auch Herr v. Litos, die Pforte soll Zamojski, Dembinski, Bystronowski und Kubere aus der Türkei weisen, Herr v. Stürmer dagegen verlangt im Namen Oesterreichs deren Entlassung. Die Pforte hat geantwortet, die Herren hätten französische Pässe, welche von der türkischen Regierung geachtet würden; sie bedauere, den Wünschen Oesterreichs nicht Genüge leisten zu können, da hierüber nur mit Frankreich zu verhandeln sei. Die Kriegsrüstungen dauern fort. Durch die zu Balta-Liman unterzeichnete Convention hatte sich Russland verpflichtet, seine Truppen aus der Moldau und Wallachei bis auf 10,000 Mann zurückzuziehen; dessen ungeachtet stehen dort noch 32,500 Mann mit 38 Geschützen. Russische und österreichische Agen-

ten vertheilen Geld unter die türkischen Slawen, um dieselben zur Empörung gegen die Pforte aufzustacheln. Die letztere hat Commissionen ernannt, welche Mittel zur Verbesserung der Lage dieser slavischen Völkerschaften angeben sollen.

Ein wallachischer Bojar kehrte vor Kurzem aus Paris nach Bukarest zurück. General Lüders empfing ihn mit der Frage: „Sind Sie in Frankreich auch Socialist geworden?“ — „Noch nicht,“ antwortete dieser, „aber hier werde ich es gewiß, denn in Frankreich träumen erst Einige vom Socialismus, ihr Herren treibt jedoch hier den Socialismus in praxi.“

Griechenland.

Athen, den 25. December. Am 22. d. Mts. ist das Griechische Parlament durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten eröffnet worden, der in Abwesenheit die betreffende königliche Verordnung verlas. Man will wissen, daß der Marschall des königlichen Palastes, Admiral Griezis, die Bildung eines neuen Ministeriums mit dem Vorbehalte übernommen habe, daß ihm sein gegenwärtiger Posten nicht entzogen, und interimistisch von dem Adjutanten Sr. Maj. versehen werde. Die neue Ministerliste, welche definitiv angenommen sein soll, lautet: Admiral Griezis übernimmt die Präsidentschaft des Cabinets und das Portefeuille der Marine, überdies ist er auch Senator; der Senator Georg Giorgundis wird Minister des Innern; General Staisos ist zum Kriegsminister ernannt; der Senator Anastasius Londos wird Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, welches Portefeuille er schon vor einigen Monaten hatte, nachdem er früher Minister des Innern gewesen war; Advokat Salbi, früher Finanzminister, übernimmt das Portefeuille der Justiz, und steht dem früheren Amte interimistisch vor; dem Senator Krissogelos ist das Portefeuille des Unterrichts und Cultus verliehen worden. Zum Hofmarschall soll der General Orivas ernannt worden sein.

Amerika.

Die neue kalifornische Verfassung bestimmt, daß die beiden gesetzgebenden Körperschaften, der Senat und die Versammlung, ihre Sessionen jährlich am ersten Montag des Monats Januar beginnen sollen. Die Mitglieder der Versammlung werden auf ein Jahr, die des Senats auf zwei Jahre gewählt. Sie müssen unmittelbar vor der Wahl ein Jahr im Staate und sechs Monate in der Grafschaft, welche sie wählt, gewohnt haben. Die richterliche Gewalt wird durch einen Ober-Gerichtshof, Distriktsgerichte und Friedensrichter repräsentirt. Für den Schulunterricht soll aufs Liberalste gesorgt werden. Das Gesetz gestattet keine Ehescheidungen, das Duell ist verboten, ebenso Lotterien. Die erste Session des Parlaments soll in Puebla de San Jose gehalten werden, wo provisorisch der Sitz der Regierung sein wird. Eine Abschrift der Constitution ist dem General Reilly, welcher als Gouverneur von Kalifornien fungirt, übersandt worden. Dieser soll sie mit der ersten Gelegenheit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gelangen lassen. — Ueber die Annahme dieser Verfassung, welche wahrscheinlich einstimmig erfolgt, wird am 13. November entschieden werden.

Vermischtes.

In Paris erregte nicht geringes Aufsehen der, mit einem Mord begleitete Raubankfall auf eine mit 18,000 Franken gefüllte Staatskassette in dem Augenblick, wo sie auf offener Landstraße in der Nähe von Loulon transportirt wurde. Es war am 28. December um 1½ Uhr Mittags, als der mit einem Pferd bespannte und außer dem Fuhrmann von zwei Gendarmen begleitete Wagen, auf dem die Staatskassette geladen war, auf der schwierigen, mit Glatteis bedeckten Straße in die Nähe einer von dichtem Gebüsch eingeschlossenen Anhöhe gelangte. Der Fuhrmann, sein Pferd mit Mühe nach sich ziehend, war eben dem Gipfel der Anhöhe nahe; die beiden Gendarmen, die ihre Gewehre auf den Wagen gelegt hatten, drückten von hinten nach, um das Aufsteigen zu erleichtern, als plötzlich mehrere Schüsse fielen, wovon der eine Gendarm sofort zu Boden gestreift wurde. Der andere wurde plötzlich von acht verkappten Personen umringt, von denen zwei Hand an ihn legen, während die übrigen sich des Geldofficers bemächtigen und ihn in den Wald schleppen. Der Fuhrmann hatte die Flucht ergriffen. Mehrere Schüsse werden noch auf den zweiten Gendarm gerichtet, dem es aber wunderbarer Weise gelingt, ihnen zu entgehen, indem er die Läufe der Schießenden nach der Seite biegt. Endlich ziehen sich die Räuber zurück und der Gendarm bleibt Herr des Plazes. Als einziges Erkennungszeichen hat er eine Jacke behalten, die ohne Zweifel hinreicht, um auf die Spur der Schuldigen zu leiten, die sich zur Vorsicht dicht verummumt hatten. Die Patrouillen, die sofort in allen Gemeinden organisiert wurden, hatten beim Abgange der letzten Nachrichten zu keinem Resultate geführt.

Vocales etc.

Posen, den 2. Jan. Der Erzbischof Przyluski hat, wie die Gazeta polska meldet, an den Bischof von Algier nachstehenden Brief geschrieben. „Posen, den 24. October. Geliebter Bruder! Unbeschreibliche Wehmuth erfüllt unsere Herzen, als wir Kunde erhielten von den großen Leiden und dem Ungemach unserer Polnischen Brüder, welche durch ein unerbittliches Geschick verjagt worden sind bis jenseits des mittelländischen Meeres. Die Vorsehung, welche für das geringste Geschöpf Sorge trägt, wollte jedoch nicht den Untergang derselben. Einen tröstenden Engel sandte sie ihnen in ihrem Eril, einen zweiten Moses in der Wüste, als sie von Allen entblößt, von Allen verlassen waren. Durch Deine Vermittelung machte sie das Mitleid in den Herzen der Menschen rege, spendete sie himmlisches Manna, christliche Mildthatigkeit. Sie rettete dieselben vom unvermeidlichen Tode, vom furchterlichen Hunger. Der Name des Herrn sei gelobt! Aber Du, hochwürdiger Bruder, den die göttliche Mutter auserwählt hat zu dieser ehrenvollen Mission voll Muth und Entbehrung, erlaube, daß ich Dir hiermit im Namen meiner Landsleute unseren Dank darbringe. Ein von den Bewohnern unseres unglücklichen Landes zusammengebrachtes Sümmechen Geldes wirst Du durch Vermittelung der Redaction der Posener Zeitung erhalten. Empfange zugleich die Versicherung hoher Verehrung von Deinem bemühtigen Bruder. Leo, Erzbischof von Posen und Osnabrück.“

* Sarnie bei Rawiez. Die Stadtverordneten haben den jüdischen Kaufmann Ephraim einstimmig zum Bürgermeister hiesiger Stadt erwählt.

Posen, den 5. Jan. Die Gazeta polska bringt in ihrer heutigen Nummer einen leitenden Artikel, welcher die Erfurter Reichstags-Wahlangelegenheit behandelt. Wir theilen daraus Folgendes mit, welches uns mit den Absichten der Polnischen Bevölkerung bekannt macht: „Wir müssen für Erfurt wählen und Abgeordnete dorthin schicken!“ sagt die Gaz. polska. „Wir halten es für unsere heiligste Pflicht, überall und immer, wo und wie sich nur Gelegenheit dazu

